

Herrn
Regionspräsidenten
Hauke Jagau

Im Hause

09.03.2007

Antrag gemäß § 7 der Geschäftsordnung: Resolution – Jugendliche, die von Hartz IV betroffen sind, sollen ihre Konfirmationsgeschenke behalten dürfen.

Zur Behandlung

- im Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Gesundheit und interkulturelle Angelegenheiten am 12.04.2006
- im Regionsausschuss am 17.04.2007
- in der Regionsversammlung am 22.05.2007

Die Regionsversammlung möge beschließen:

Die Regionsversammlung begrüßt und unterstützt die Kritik der hannöverschen Landesbischöfin Margot Käßmann an der Regelung, dass von Hartz IV betroffene Jugendliche ihre Konfirmationsgeschenke abgeben müssen, so sie als Bargeld die Summe von 50 Euro übersteigen.

Die Regionsversammlung fordert den Regionspräsidenten auf, im Gespräch mit den für die Leistungsgewährung und -kontrolle verantwortlichen Institutionen darauf hinzuwirken, dass diese Regelung in der Region Hannover nicht angewandt wird, bzw. keine Ressourcen für eine Anwendung dieser Vorschrift bereitgestellt werden. Ebenso soll bei Geburtstags- und Weihnachtsgeschenken verfahren werden.

Begründung:

Mit ihrer Aussage „Die Reichen dürfen ihre Geschenke behalten, die Armen müssen sie abgeben“ (Neue Presse, 9.März 2007) trifft die Landesbischöfin den Nagel auf dem Kopf: Die Idee, dass von Hartz IV betroffene Jugendliche, die gerade konfirmiert worden sind, ihre Geschenke wieder abgeben oder anrechnen lassen müssen, ist nach unserer festen Überzeugung Ausdruck der tiefen moralischen Ungerechtigkeit dieser Gesetze. Eine große Zahl von Kindern und Jugendlichen ist in der Region Hannover von Hartz IV betroffen. Für

viele bieten Geldgeschenke, die sie zur Konfirmation oder zum Geburtstag bekommen, die einzige Möglichkeit, einmal eine für andere Kinder normale Anschaffung, z.B. ein Fahrrad, zu tätigen. Ihnen diese Möglichkeit zu nehmen, widerspricht aus unserer Sicht dem menschlichen Anstand.

Die Vorstellung, dass die Jobcenter in dieser Frage sogar als Kontrolleure aktiv werden müssten, zeugt vom Geist eines sozialpolitischen Überwachungsstaates, gegen den diese Versammlung klar und eindeutig Stellung beziehen muss.

Für die Fraktion „Das Linksbündnis“,

mit freundlichen Grüßen,

Jörn Jan Leidecker

stv. Fraktionsvorsitzender